



Glaubenssachen

Sonntag, 10. November 2024, 08.40 Uhr

Wendepunkte in Würzburg?
Zur Zukunft der Evangelischen Kirche in Deutschland
Von Matthias Drobinski

Redaktion: Florian Breitmeier
Norddeutscher Rundfunk
Religion und Gesellschaft
Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22
30169 Hannover
Tel.: 0511/988-2395
www.ndr.de/ndrkultur

- Unkorrigiertes Manuskript -

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Ruhe ist die erste Protestantenpflicht, das könnte das Leitwort der Versammlung sein, die sich derzeit in Würzburg trifft: die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland tagt im dortigen Maritim-Hotel, das Kirchenparlament der evangelischen Kirche in Deutschland. 120 Frauen und Männer werden eine Ratsvorsitzende wählen, die jetzt schon so gut wie feststeht: Kirsten Fehrs, die Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck. Die 63-Jährige ist schon seit einem Jahr kommissarisch die oberste Repräsentantin des deutschen Protestantismus. Eine Gegenkandidatur gibt es nicht, sie hat übers Jahr ihre Sache ordentlich gemacht, es gibt für die große Mehrheit der Synodalen keinen Grund, sie nicht zu wählen. Auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, das höchste Entscheidungsgremium der EKD zwischen den Synoden, ist teilweise neu zu besetzen. Hier gibt es immerhin vier Bewerbungen für drei Posten; ein Hauch von Wahlkampf könnte also durch den Versammlungssaal Frankonia wehen. Doch auch hier geht es um keine Richtungsentscheidung. Es treten unterschiedliche Persönlichkeiten an, doch kirchenpolitisch liegen keine Welten zwischen ihnen. So gesehen könnte es eine ruhige Synode werden. Wenn da nicht die Ereignisse der vorigen Synode wären, von vor einem Jahr, als das Kirchenparlament in Ulm tagte. Und wenn, was damals geschah, nicht doch eine Grund-Anspannung nach Würzburg tragen würde.

Ruhe ist die erste Protestantenpflicht - es ist andererseits nicht ganz fair, einen Beitrag zur Lage der evangelischen Kirche in Deutschland im Herbst 2024 mit dem abgewandelten Spruch des Grafen Friedrich Wilhelm von der Schulenburg zu beginnen - der schärfte im Jahr 1806 den Berlinern nach einer verlorenen Schlacht gegen Napoleon ein, dass nun Ruhe die erste Bürgerpflicht sei. Denn die meisten der 120 Christenmenschen, die sich in Würzburg versammeln, dürften sich selbst wohl eher als beunruhigt bezeichnen.

Da sind die drängenden Probleme der Welt, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten und an vielen anderen Orten der Welt.

Da ist der Wahlsieg von Donald Trump in den USA, der in der politischen Auseinandersetzung bewusst auf Polarisierung setzt. Da ist die Erderwärmung mit ihren unabsehbaren Folgen, ist die Migration nach Deutschland. Das alles verunsichert die Gesellschaft in Deutschland, die Polarisierungen nehmen zu. Die AfD feiert Wahlerfolge mit einem fremdenfeindlichen Programm, das Bündnis Sahra Wagenknecht mit ihrer Form des Populismus. Im Frühjahr wird nach dem Bruch der Ampelkoalition wohl ein neuer Bundestag gewählt.

„Flucht, Migration und Menschenrechte“ – das ist der offizielle Themenschwerpunkt dieser EKD-Synode in Würzburg. Am Dienstag werden sich die Synodalen, die 18,6 Millionen evangelische Menschen in Deutschland vertreten, ausführlich mit dem Thema befassen.

Was anderswo eines der heißesten Konfliktthemen der Zeit ist, dürfte bei der Versammlung in Würzburg nur gedämpfte Kontroversen mit sich bringen. Die EKD hat hier eine gut gesicherte Beschlusslage. Sie tritt für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik ein und steht der verschärften Asylgesetzgebung im Bund und in Europa skeptisch gegenüber. Sie finanziert das Seenot-Rettungsschiff „Sea Watch 4“, das ertrinkende Schutzsuchende aus dem Mittelmeer zieht, und steht hinter den Kirchengemeinden, die von Abschiebung bedrohten Geflüchteten Kirchenasyl gewähren.

Die Migrationspolitik also ist es nicht, weshalb sich die in Würzburg versammelten Synodalen um Ruhe bemühen müssen, auch nicht die Friedensdebatte.

Da gibt es zwar eine Minderheit in der EKD, die Waffen-lieferungen an die von Russland überfallene Ukraine ablehnt. Aber der Streit wird einigermaßen pfleglich ausgetragen. Es ist eine andere, vielschichtige, nicht so leicht fassbare Verschiebung, die dazu führt, dass diese Synode als eine Art Beruhigungssynode erscheint. Es ist eine Selbstbild-diffusion, die die evangelische Kirche erfasst hat. Sie rührt daher, dass die evangelische Kirche vom großen Strom der Säkularisierung und Entchristlichung Deutschlands erfasst ist und nicht weiß, wohin dieser Strom sie treiben, gar mitreißen wird. Und es hat mit einem Thema zu tun, das die evangelische Kirche in Deutschland stärker betrifft, als sie sich das immer noch eingestehen will: mit dem Skandal sexualisierter Gewalt durch Pfarrer und Kirchenvertreter, mit dem Skandal der Vertuschung dieses Missbrauchs. Viele Jahre lang war hier die evangelische Kirche relativ unbehelligt im Windschatten der krisengeschüttelten katholischen Kirche gefahren, bis auch hier die Betroffenen laut wurden, der öffentliche Druck stieg, die EKD schließlich in der sogenannten Forum-Studie Ausmaß und Strukturen des Missbrauchs untersuchen ließ.

Im Januar kam das beauftragte Forschungskonsortium ForuM zu dem Ergebnis, dass das Ausmaß der sexualisierten Gewalt in der evangelischen Kirche nicht viel geringer ist als in der katholischen. Es sind teilweise andere Faktoren, die diese Gewalt und ihre Vertuschung begünstigen: das evangelische Pfarrhaus und die Konfirmandenfreizeit als Orte unangemessener Nähe, die locker-modernen Pfarrer, die alle als spießig abkanzeln, die kritische Fragen stellen, die flachen Hierarchien, bei denen niemand disziplinarische Verantwortung übernehmen will. Es ist aber der gleiche Missbrauch der geistlich-religiösen Macht und der angeblichen Nähe zu Gott wie in der katholischen Kirche.

Das Selbstbild der evangelischen Kirche hat seitdem einen tiefen Riss. Das Bild von der guten, der besseren Kirche ist hin, in der Missbrauchsfälle bedauerliche Einzelfälle sind, weil diese Kirche so aufgeklärt ist, weil in ihr Frauen ordiniert und Pfarrpersonen heiraten können, es demokratische Strukturen gibt und keine hierarchische Männerpriesterkaste. Aber auch die evangelische Kirche hat Strukturen, die Täter begünstigt und die Vertuschung von Taten erleichtert, die Betroffene der Gewalt allein lässt, oder mit falschem Versöhnungsgerede ein zweites Mal zum Opfer macht.

Und dann bröckelt und bröselt dieses Bild von der guten und gesellschaftsnützlichen Kirche durch den grundlegenden Wandel der religiösen Landschaft in Deutschland, die zunehmend eine religionslose Landschaft wird. Im Jahr 1992 gab es 28,8 Millionen evangelische Kirchenmitglieder, 2023 waren es nur noch 18,5 Millionen. Innerhalb einer Generation hat die evangelische Kirche mehr als zehn Millionen Mitglieder verloren. Und weil dieser Prozess weitergehen wird, steht die Kirche vor dramatischen Veränderungen.

Vor ziemlich genau einem Jahr, als die Synode der EKD sich in Ulm versammelte, da begegneten sich diese beiden Momente der evangelischen Identitätskrise auf ungeplante Weise. Es begegneten sich also Missbrauchsskandal und Säkularisierungs-

prozess – derart, dass die EKD bis heute nicht recht weiß, wie sie mit dieser Begegnung umgehen soll, zum Beispiel auf der jetzigen Synodenversammlung in Würzburg. Die Begegnung mit der Säkularisierung war von langer Hand geplant. Alle zehn Jahre veröffentlicht die EKD eine sogenannte Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung, seit 1972 erforscht das kircheneigene sozialwissenschaftliche Institut von Dekade zu Dekade die religiösen Einstellungen und die institutionelle Bindung der Kirchenmitglieder. Nun war es wieder so weit, dieses Mal beteiligte sich auch die katholische Kirche an dem Projekt. Das Ergebnis: Die Kirchenbindung nimmt noch schneller ab als bislang vermutet. Nur noch die Hälfte der evangelischen Kirchenmitglieder glaubt an Gott, die Hälfte betet selten oder nie. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist ein regelrechter Abbruch der Religiosität zu beobachten.

Es gibt ein paar Lichtblicke: Die Zahl der hoch verbundenen Kirchenmitglieder ist stabil, dies sind Menschen, die sich überdurchschnittlich häufig engagieren; überhaupt wünscht sich die große Mehrheit der Befragten, dass die Kirchen die Gesellschaft mitgestalten und sich politisch einmischen. Verschwinden wird die evangelische Kirche also auf absehbare Zeit nicht. Aber sie muss sich darauf einstellen, dass sie in der nächsten Generation bestenfalls noch die Hälfte der Mitglieder haben wird und die Hälfte der heutigen Finanzkraft. Es wird weniger Pfarrerinnen und Pfarrer geben, weniger Gemeinden, weniger gesellschaftlicher Einfluss und politische Macht. Während in Ulm die Abgesandten des evangelischen Deutschlands berieten, was das nun für die Zukunft ihrer Kirche bedeutet, da platzte das andere selbstbildzerreißende Thema hinein in die Ulmer Versammlung. Die Siegener Zeitung berichtete, Annette Kurschus, die Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, sei verwickelt in einen Missbrauchsfall aus den 90er Jahren, als sie noch Pfarrerin in Siegen war. Ausgerechnet Annette Kurschus, gewählt vor einem Jahr, die gleich nach ihrer Wahl erklärt hatte, sie wolle das Missbrauchsthema zur „Cheffinnensache“ machen. Es ging um einen mittlerweile pensionierten Mitarbeiter im Kirchenkreis, der junge Männer bedrängt haben soll. Ende der 90er Jahre, so berichtet die Zeitung, hätten mehrere Zeugen und auch ein Betroffener Kurschus von den Übergriffen berichtet – die sei entsetzt gewesen, hätte aber nichts unternommen. Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile die Ermittlungen eingestellt. Es war aber auch weder die möglichen Taten noch das mögliche Fehlverhalten der damaligen Pfarrerin Kurschus, die zum Rücktritt der Ratsvorsitzenden Kurschus führte. Es war der desaströse und ignorante Umgang mit den Vorwürfen. Der Wunsch, dass das Bild von der guten Kirche keine Kratzer bekommt, führte in die Kommunikationskatastrophe.

Seit dem Januar schon wusste Kurschus von den Vorwürfen, doch sie und die westfälische Landeskirche, deren Präses sie war, entschieden: Wir gehen nicht von uns aus an die Öffentlichkeit, es gibt kein strafbares Fehlverhalten, also gibt es auch nichts zu erklären, nichts zu bedauern, nichts über mögliche Fehler zu sagen.

Auch im EKD-Rat waren die Vorwürfe monatelang kein Thema, obwohl zum Beispiel die stellvertretende Ratsvorsitzende und auch die Präses der EKD-Synode seit dem Frühjahr über den Fall grundsätzlich informiert waren.

Und so waren im November 2023 die Synodalen so ahnungs- wie hilflos, als binnen Stunden aus der Lokalgeschichte aus Siegen ein bundesweites Medienereignis wurde; es wuchs der Ärger über eine Ratsvorsitzende, die ohnehin nicht als Kommunikationstalent gilt. Kurschus reagierte trotzig und verstrickte sich in Widersprüche. Man konnte

in Ulm zusehen, wie ihr Rückhalt schwand. Am 20. November, wenige Tage nach der Ulmer Versammlung, erklärte sie ihren Rücktritt.

Bis heute ist Annette Kurschus tief getroffen, verletzt und gekränkt. In Würzburg will die Synode ihr für ihre Arbeit danken, eine Versöhnungsgeste, die nicht überdecken kann, wie schwer sich die die EKD tut, mit ihrer Ratsvorsitzenden gut umzugehen. Bis heute hat auch die EKD keinen Weg gefunden, mit der ehemaligen Ratsvorsitzenden gut umzugehen. Bis heute ist auch die westfälische Landeskirche ohne neue Leitung – der einzige Kandidat für die Kurschus-Nachfolge hat im August zurückgezogen, der Grund seien „Hinweise auf mögliche, in der Vergangenheit liegende Verstöße gegen das Gebot, persönliche Grenzen einzuhalten“, heißt es kryptisch in der Mitteilung der Landeskirche.

Dieser Schaden soll nun nicht noch größer werden, auch das ist der Grund dafür, dass dieses Würzburger Treffen ruhig verlaufen soll. Und so wird es in Würzburg wohl auch keine große Rolle spielen, dass sich mit dem hannoverschen Landesbischof Ralf Meister ein weiterer hochrangiger Kirchenvertreter sich gegen Vorwürfe verteidigen muss, er habe Missbrauchsfälle lange Zeit nicht ernst genug genommen und Betroffene abgewimmelt; eine Betroffeneninitiative fordert seinen Rücktritt. Im Sommer mahnten mehr als 200 Geistliche und Kirchenbeschäftigte einen Kulturwandel in der Landeskirche an. Meister gesteht Fehler ein – einen Rücktritt aber lehnt er ab. Es wird in Würzburg wohl auch keine große Rolle spielen, dass Jacob Jousen, Jura-Professor in Bochum, nicht mehr im Rat der EKD mitmachen möchte, weil er mit der Aufarbeitung der sexualisierten Gewalt innerhalb der evangelischen Kirche hadert: „Die Beharrungskräfte sind zu groß“, hat er dem Weser-Kurier gesagt.

Kirsten Fehrs, die aller Wahrscheinlichkeit nach neue Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, kennt diese Beharrungskräfte. Sie wurde 2011 Nachfolgerin der Hamburger Bischöfin Maria Jepsen, als die in Folge eines Missbrauchsskandals zurücktrat. Sie hat sich damals um die Aufklärung des Geschehens bemüht, gegen innerkirchliche Widerstände.

Sie gehörte zu den ersten, die offen sagte, dass auch die evangelische Kirche hier ein systemisches Problem hat, die darauf drängte, dass die Kirche sich ihrer Verantwortung stellt; von ihr stammt der Satz, dass die sexualisierte Gewalt ein Riss im Selbstbild der Kirche sei. Folgerichtig wurde Kirsten Fehrs die erste Beauftragte der EKD für Fragen der sexualisierten Gewalt. Dass im Januar die ForuM-Studie zum Missbrauchsgeschehen in der evangelischen Kirche veröffentlicht wurde, ist auch ihr zu verdanken.

Und doch ist sie auch mit den Defiziten und Fehlern der Aufklärung und Aufarbeitung des Missbrauchs in der evangelischen Kirche verbunden. Ein Betroffenenbeirat, den sie mit auf den Weg gebracht hatte, endete 2021 in bitterem Streit. Ein Teil der Betroffenen sah sich ein zweites Mal missbraucht, diesmal als Feigenblatt für die Kirche. Dass vor zwei Jahren nicht Kirsten Fehrs, sondern Annette Kurschus zur EKD-Ratsvorsitzenden gewählt wurde, hing auch mit diesem Vorgang zusammen.

Seit gut zwei Jahren gibt es nun ein neues Gremium, das „Beteiligungsforum sexualisierte Gewalt“. Abgesandte der Betroffenen und der Kirchen beraten gleichberechtigt, derzeit über einheitliche Kriterien für Entschädigungszahlungen. Bislang waren die in jeder Landeskirche verschieden.

Die Synodenversammlung in Würzburg will das Disziplinarrecht für Kirchen-beschäftigte ändern – in einem Disziplinarverfahren wegen möglicher sexualisierter Gewalt sollen Betroffene mehr Rechte erhalten.

Trotzdem: Ruhe wird dies der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht bringen. Auch das Beteiligungsforum steht in der Kritik, es gibt Betroffene, die sich von ihm nicht repräsentiert sehen; unter den Synodalen geht die Sorge um, einige von ihnen könnten im Würzburger Maritim-Hotel auftauchen und ihrem Unmut Luft machen. Auch in dieser Hinsicht wird die evangelische Kirche Abschied nehmen müssen vom Selbstbild der guten Kirche: Was immer sie tut, es wird kein gutes Ende des Missbrauchsskandals geben, keine glatte Lösung. Es wird Menschen geben, die unversöhnt bleiben mit der evangelischen Kirche – und alles Recht der Welt dazu haben.

Wenn alles nach Plan läuft, wird Kirsten Fehrs drei Jahre lang Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland sein, dann endet die Wahlperiode des Rates, und sie hat die Pensionsgrenze erreicht. Sie wird sich also als Übergangsvorsitzende der doppelten Identitätskrise der evangelischen Kirche in Deutschland stellen müssen – verursacht durch die sexualisierte Gewalt in der Kirche, verursacht durch den Schrumpfungsprozess, der die Institution sehr verändern wird.

Wer weiß, wie lange noch die Landeskirchen sich beamtenähnlich versorgte Pfarrern und Pfarrer leisten können; wer weiß, wie lange noch das religionsfreundliche deutsche Staatskirchenrecht funktionieren wird. Die Kirche mit ihrer Ratsvorsitzenden als wichtigster öffentlicher Persönlichkeit an der Spitze wird darum kämpfen müssen, verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen, unter kritischer öffentlicher Beobachtung. Sie wird es tun müssen im Wissen, dass es nie wieder ganz zurückkommen wird, das Vertrauen.

Es ist der endgültige Abschied von dem sehr selbstbewussten Kirchenbild, das bis 2009 unter dem Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber noch einmal in voller Blüte stand: das Bild von der aufgeklärten „Kirche der Freiheit“, wie Huber es formulierte, einflussreich in der Politik, gestaltend in der Gesellschaft, auf inneres Wachstum ausgereicht, nicht auf viele kleine und große Abschiede. Es ist ein schmerzhafter Abschied, es liegt aber auch eine große Chance in ihm. Die evangelische Kirche kann in diesem Prozess lernen, sich als Kirche zu begreifen, in der viel Gutes geschieht, in der sich aber immer auch Abgründe auftun. Sie ist wie einst der Reformator Martin Luther formulierte, „simul justus et peccator“, gerecht und sündig zugleich, Ort des Heils und des Unheils.

Es wäre ein bescheideneres Kirchenbild, dass die Brüche und Risse nicht als Störung ansieht, die es schnellstmöglich zu beseitigen gilt, sondern als notwendigen Teil der eigenen Existenz. Es würde aber einer Kirche angemessener, die sich neu sortieren muss. Sie könnte neue Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie aus der Irritations- und Einspruchskraft des Evangeliums heraus auftritt, wenn sie auf diese Weise die Gottesfrage und Gottesehnsucht in einer postsäkularen Gesellschaft wachhält.

Dazu allerdings braucht es ein unruhiges Herz – und keine Synode, in der Ruhe die erste Protestantenpflicht ist.

* * *

Zum Autor:

Matthias Drobinski, Publizist; Redakteur bei der christlichen Wochenzeitschrift Publik-Forum; sein Themenschwerpunkt: Religion und Kirche